S 4 U 345/00

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Freistaat Bayern

Sozialgericht Bayerisches Landessozialgericht

2

Sachgebiet Unfallversicherung

Abteilung

Kategorie Urteil

Rategorie

Bemerkung
Rechtskraft
Deskriptoren
Leitsätze
Normenkette

1. Instanz

Aktenzeichen S 4 U 345/00 Datum 25.07.2002

2. Instanz

Aktenzeichen L 2 U 276/02 Datum 31.03.2004

3. Instanz

Datum -

- I. Die Berufung des Klägers gegen das Urteil des Sozialgerichts Regensburg vom 25.07.2002 wird zurýckgewiesen.
- II. Au̸ergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten.
- III. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Die Parteien streiten um die GewĤhrung einer hĶheren Verletztenrente.

Der Kl \tilde{A} ¤ger erlitt am 15.11.1966 einen Arbeitsunfall mit einer offenen Unterschenkelfraktur links, f \tilde{A} ¼r dessen Folgen ihm die Beklagte mit Bescheid vom 07.02.1968 Verletztenrente nach einer MdE um 20 v.H. zusprach.

Am 11.06.1999 machte er eine Verschlimmerung seiner Unfallfolgen geltend und legte einen Arztbrief des Nervenarztes Dr. M. vom 23.04.1999 vor. Dort ist als Befund eine leichte Tibialisparese und eine klinisch stĶrendere PeronĤusparese links festgestellt.

Die Beklagte holte ein Gutachten von dem Chirurgen Prof.Dr. W. vom 15.10.1999

ein, der zu dem Ergebnis kam, wegen der von Dr.M. festgestellten neurologischen Symptomatik sei eine Erh \tilde{A} ¶hung der MdE um 10 v.H. erforderlich. Der beratende Arzt der Beklagten hielt insofern eine neurologische Zusatzbegutachtung f \tilde{A} 1 / 4 r notwendig.

Der von der Beklagten als SachverstĤndigen gehĶrte Neurologe Prof.Dr.G. kam in seinem Gutachten vom 15.12.1999 zu dem Ergebnis, die von Dr.M. beschriebene kĶrperferne SchĤdigung des Nervus tibialis links mit VerschmĤchtigung der kleinen FuÄ□muskeln links, SchwĤche der Zehenbeugung links, Herabsetzung der Berļhrungs- und Schmerzempfindung mit Missempfindungen an der linken FuÄ□sohle, sei zu bestĤtigen. Eine belangvolle SchĤdigung des Nervus peronĤus profundus oder des Nervus peronĤus superficialis sei dagegen nicht zu unterstellen. So werde nur eine geringfļgige Herabsetzung der Berļhungsempfindung am FuÄ□rücken angegeben, ein sensibles Nervenaktionspotential sei für den Nervus peronĤus superficialis links erhĤltlich, insofern sei nur eine sehr leichte sensible SchĤdigung diskutierbar. Eine motorische körperferne SchĤdigung sei dagegen nicht belegbar.

Die neurologische Teil-MdE aufgrund der leichten körperfernen Schädigung des Nervus tibialis sei auf knapp unter 10 v.H. einzuschätzen. Eine wesentliche Verschlimmerung neurologischer Unfallfolgen sei insgesamt nicht anzunehmen. Die MdE-Einschätzung des Prof.Dr.W. mit der Höherbewertung um 10 v.H. stýtze sich auf die Annahme einer deutlichen Tibialisparese, die bei der jetzigen Untersuchung nicht habe bestätigt werden können.

Nachdem der beratende Arzt der Beklagten die MdE auf unfallchirurgischem Fachgebiet mit maximal 10 v.H. einschĤtzte, lehnte die Beklagte mit Bescheid vom 19.04.2000 die ErhĶhung der Rente ab, weil seit den maÄ∏geblichen VerhĤltnissen fļr die vorhergehende RentengewĤhrung eine wesentliche Verschlimmerung nicht eingetreten sei. Den anschlieÄ∏enden Widerspruch des KlĤgers wies die Beklagte mit Widerspruchsbescheid vom 25.10.2000 als unbegründet zurück.

Im Klageverfahren hat der als Terminsachverst \tilde{A} xndige geh \tilde{A} rte Neurologe und Psychiater R. , die Einholung eines chirurgischen und neurologischen Gutachtens empfohlen.

Der KlĤger hat einen Bericht des Dr.M. vom 02.01.2001 nach einer Untersuchung vom selben Tage vorgelegt. Im Unterschied zu dem Befund vom 23.04.1999 wird die PeronĤusparese links zwar wieder als weniger ausgeprĤgt, aber als klinisch mehr behindernd dargestellt, wobei der wichtigste Muskel fÃ⅓r das FuÃ∏heben deutlich schwĤcher sei.

Der als Sachverständige gehörte Chirurg Dr.K. kommt in seinem Gutachten vom 13.02.2001 zur Diagnose eines in leichter Fehlstellung mit Ã⅓berschieÃ□ender Knochennarbenbildung fest verheilten Unterschenkelbruchs links als Unfallfolge. Auf unfallchirurgischem Fachgebiet sei eine Störung des Geh- und Stehvermögens zu befunden, die jedoch vorzugsweise auf einer Abrollstörung im linken FuÃ□ mit

Gefühlsstörung beruhe, so dass sich dies auf das neurologische Fachgebiet beziehe. Seitens des Sprunggelenkes sei lediglich eine aktive Bewegungseinschränkung, vor allen Dingen seitens des FuÃ□hebens vorgeführt worden, dies obliege aber der Beurteilung des neurologischen Zusatzgutachters. Objektivierbare Zeichen einer Belastungsminderung seien nicht zu befunden, diese wären zu sehen gewesen in einer Muskelverschmächtigung des linken Beines, in einer Verminderung der FuÃ□sohlenbeschwielung auf der unverletzten Seite oder aber in einer Minderung des Kalksalzgehaltes im Röntgenbefund.

Insofern könne von Seiten seines Fachgebiets keine Verschlimmerung rentenberechtigenden AusmaÃ∏es festgestellt werden. Vorläufig und vorbehaltlich der neurologischen Zusatzbegutachtung schätzt er die MdE auf 20 v.H. ein.

Der vom Sozialgericht als SachverstĤndige gehĶrte Neurologe und Psychiater Dr.G. kommt in seinem Gutachten vom 25.04. 2001 zu den gleichen Befunden wie Prof.Dr.G â□¦ Es hätten sich zum Teil relativ deutliche Paresen der vom Nervus tibialis versorgten distalen FuÃ□muskeln links gefunden, wobei vor allem die Zehenbeuger 2 bis 5 betroffen gewesen seien und auch der GroÃ□zehenabduktor. Der GroÃ□zehenbeuger sei nur leichtgradig betroffen. Sonstige Paresen, vor allem auch im Versorgungsgebiet des Nervus peronäus hätten sich nicht gefunden. Die elektroneurographischen Befunde bestätigten den klinischen Befund, in dem die Nervenleitgeschwindigkeit des Nervus tibialis links auffällig gewesen seien, die des Nervus peronäus jedoch unauffällig.

Zusammenfassend sei festzustellen, dass der vorgelegte nervenärztliche Befund des Dr.M. nicht nachvollzogen werden könne, vor allem könne eine Peronäusparese nicht bestätigt werden. Es mù⁄₄sse an dem vorgelegten Befund bemängelt werden, dass nur lapidar von einer Peronäus- und Tibialisparese gesprochen werde. Man mù⁄₄sse jedoch fordern, dass genauer beschrieben werde, welche einzelnen Muskeln, die von diesen Nerven versorgt wù⁄₄rden, ù⁄₄berhaupt paretisch seien. In diesem Befund sei auch widersprù⁄₄chlich, dass bei der EMG-Untersuchung mit der Nadelelektrode wieder unauffällige Verhältnisse im Bereich der von diesen Nerven versorgten Muskeln beschrieben wù⁄₄rden, nämlich im Bereich der Zehenheber und des GroÃ□zehenabduktors.

Die objektiv vorhandenen Ausfallserscheinungen des Nervus tibialis betrĤfen nur den distalen Bereich des Nerven. Diese Bereiche hĤtten letztendlich keine groÄ□e funktionelle Relevanz und seien mit einer neurologischen Teil-MdE von knapp unter 10 v.H. einzuschĤtzen. Eine wesentliche Ä□nderung im Vergleich zu den Vorbefunden sei insgesamt objektiv nicht erkennbar.

Unter Berücksichtigung dieser Einschätzung bemisst der Sachverständige Dr.K. die Gesamt-MdE weiterhin mit 20 v.H.

Der KlĤger hat hierzu einen Arztbericht des Dr.M. vom 23.07. 2001 nach Untersuchung am selben Tage vorgelegt. Der Bericht ist im Wesentlichen gleich lautend mit dem vorhergehenden, es ist jedoch nunmehr von einer distalen Ischiadicusparese die Rede. Neben den FuÄ□senkern seien auch der Ext.hall.long

und der tibialis ant. paretisch. Auch nach Kenntnis der Meinung von Dr. G. gehe seines Erachtens der Befund $\tilde{A}^{1}/_{4}$ ber eine reine Tibialisparese und damit $\tilde{A}^{1}/_{4}$ ber 10 % MdE hinaus.

Das Sozialgericht hat die auf eine RentengewĤhrung nach einer MdE um 30 v.H. ab 11.06.1999 gerichtete Klage mit Urteil vom 25. Juli 2002 als unbegründet abgewiesen. Im Verhältnis zu den maÃ□geblichen Vorbefunden sei eine wesentliche Verschlechterung in den Unfallfolgen nicht eingetreten, die eine höhere MdE begründen würde. Insoweit stützt sich das Urteil auf die Gutachten des Dr.K. und des Dr.G â□¦

Der KlĤger hat hiergegen Berufung eingelegt und beantragt, das Urteil des Sozialgerichts Regensburg vom 25.07.2002 aufzuheben und die Beklagte zu verurteilen, unter Aufhebung des Bescheides vom 19.04.2000 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 25.10.2000 Verletztenrente nach einer MdE um wenigstens 30 v.H. seit Antragstellung zu gewĤhren.

Er stützt sich auf das Gutachten des Prof.Dr.W. und die Berichte des Dr.M â□¦

Die Beklagte beantragt, die Berufung zurļckzuweisen.

Zum Verfahren beigezogen und Gegenstand der mýndlichen Verhandlung waren die Akte der Beklagten und die Akte des Sozialgerichts Regensburg in dem vorangegangenen Klageverfahren.

Auf ihren Inhalt und das Ergebnis der Beweisaufnahme wird ergĤnzend Bezug genommen.

Entscheidungsgründe:

Die vom Kläger form- und fristgerecht eingelegte Berufung ist zulässig; eine Beschränkung der Berufung nach <u>§ 144 SGG</u> besteht nicht.

Die Berufung ist jedoch nicht begründet, denn die von der Beklagten zu entschädigenden Unfallfolgen bedingen keine MdE um mehr als 20 v.H.

Die fýr die Bemessung der Verletztenrente maÃ \square gebliche Minderung der Erwerbsfähigkeit richtet sich gemäÃ \square § 56 Abs.2 SGB VII nach dem Umfang der sich aus der Beeinträchtigung des körperlichen und geistigen Leistungsvermögens ergebenden verminderte Arbeitsmöglichkeiten auf dem gesamten Gebiet des Erwerbslebens. Wird, wie im vorliegenden Fall, bereits eine Verletztenrente gewährt, und wird vom Versicherten eine höhere Leistung geltend gemacht, ist dieser Anspruch unter allen rechtlichen Gesichtspunkten zu prüfen. Eine Erhöhung der Verletztenrente kommt deshalb nicht nur nach § 48 SGB X aufgrund einer wesentlichen Verschlimmerung der Unfallfolgen in Betracht, sondern auch nach § 44 SGB X, sofern bei der Bemessung der Verletztenrente die maÃ \square gebliche MdE zu niedrig eingeschätzt wurde.

FÃ⅓r den vorliegenden Fall macht dies jedoch keinen entscheidungserheblichen Unterschied, weil die vom Sozialgericht gehörten Sachverständigen sowohl den Eintritt einer wesentlichen Verschlimmerung im Verhältnis zu den fÃ⅓r den Bescheid vom 07.02.1968 maÃ∏geblichen Verhältnisses verneint, als auch unabhängig davon die unfallbedingte MdE weiterhin mit 20 v.H. eingeschätzt haben.

Der Senat schlieÄ t sich der BeweiswÄ 1/4 rdigung des Sozialgerichts bzgl. des Ergebnisses der Beweisaufnahme an und sieht nach § 153 Abs.2 SGG insofern von einer weiteren Darstellung der EntscheidungsgrÄ 1/4 nde ab.

Die Einwendungen des KlĤgers hiergegen greifen nicht durch.

Das Gutachten des SachverstĤndigen Prof.Dr.W., das wie alle in einem Verwaltungsverfahren eingeholten SachverstĤndigen- gutachten im Gerichtsverfahren Berücksichtigung finden kann, stützt sich bei den gutachterlichen Feststellungen der Unfallfolgen und deren Bewertung allein auf den Befund des Dr.M â∏! Dem ist jedoch nicht zu folgen. Zum einen hat der Sachverständige Prof.Dr.W. bei der Einschätzung der MdE sein Fachgebiet überschritten. Den Einschätzungen der fachnäheren Neurologen Prof.Dr.G. und Dr.G. ist grundsÃxtzlich der Vorzug zu geben. Von weitaus gröÃ∏erer Bedeutung ist jedoch, dass sich die Untersuchungsbefunde des Dr.M. durch die Sachverständigen Prof.Dr.G. und Dr.G. bzgl. der Peronäusparese jedenfalls nicht verifizieren lie̸en, wenn sie nicht überhaupt als widerlegt angesehen werden mýssen. Die Sachverständigen Prof. Dr.G. und Dr.G. haben hierbei die ma̸geblichen Kriterien für die Befundung dargelegt. Sachlich begründete Zweifel an diesen gutachterlichen Darlegungen sind den Arztbriefen des Dr.M. nicht zu entnehmen. Desgleichen ist seinen letzten Arztbriefen nicht zu entnehmen, aufgrund welcher FunktionsbeeintrÄxchtigungen die angenommene Tibialisparese mit einer MdE um mehr als 10 v.H. oder wenigstens so hoch zu bewerten wĤre.

Insoweit haben insbesondere die Sachverst \tilde{A} xndigen Dr.K. und Dr.G. eine detaillierte Darstellung und eine \tilde{A} y4berzeugende Bewertung vorgelegt.

Die Berufung hat deshalb keinen Erfolg.

Die Entscheidung $\tilde{A}^{1/4}$ ber die Kosten st $\tilde{A}^{1/4}$ tzt sich auf $\frac{\hat{A}\S 193 \text{ SGG}}{193 \text{ SGG}}$ und folgt der Erw \tilde{A} zgung, dass der Kl \tilde{A} zger in beiden Rechtsz $\tilde{A}^{1/4}$ gen nicht obsiegt hat.

GrÃ $\frac{1}{4}$ nde fÃ $\frac{1}{4}$ r die Zulassung der Revision nach $\frac{2 GG}{1}$ liegen nicht vor.

Erstellt am: 09.08.2004

Zuletzt verändert am: 22.12.2024

